Alles, was Recht ist

Unwirksame Kündigung

Es liegt ja durchaus im Trend, schnell mal eben per WhatsApp oder einem anderen Messenger-Dienst zu kommunizieren: kurz, knapp, effektiv. Dies dachte sich wohl auch eine Zahnärztin aus Österreich, die ihre Angestellte kurzerhand per WhatsApp kündigte. Das Schreiben für die Kündigung hatte die Praxisinhaberin schon fertig, mit Stempel und Unterschrift, allerdings nahte die Kündigungsfrist – und so fotografierte sie die Kündigung und stellte ihrer Mitarbeiterin das Foto per Messenger zu. Fristgerecht, wie sie meinte, zum 31. Oktober. Das „echte“ Schriftstück wurde per Post erst am darauffolgenden 4. November zugestellt. Die Mitarbeiterin war der Ansicht, dass das Foto nicht als Kündigung gelte, da es die erforderliche Schriftlichkeit nicht erfüllte. Die schriftliche Kündigung sei ihr tatsächlich erst nach der Frist für eine mögliche Kündigung zugegangen, deshalb müsse sie noch zwei Monate länger beschäftigt werden – so wie es der Arbeitsvertrag vorsehe. Die ersten beiden Instanzen vor Gericht waren sich nicht einig, weshalb der Oberste Gerichtshof Österreichs eine Klärung herbeiführen musste. Festlegen wollte auch der sich nicht, was die Rechtswirksamkeit solcher Fotos betrifft. Formgebote seien auf den jeweiligen Zweck hin zu überprüfen, deshalb gelte es, dies im Einzelfall festzustellen. Im Fall der Zahnarthelferin allerdings waren sich die Richter einig, dass ein auf das Smartphone des Empfängers übermitteltes Foto die Kündigungserklärung nicht erfülle, da es nur die Darstellung auf dem Display gebe – den Inhalt des Schreibens könne man daraus unter Umständen nicht einwandfrei entnehmen. In Deutschland übrigens ist die Kündigung per WhatsApp, SMS oder auch per E-Mail laut Gesetz ausgeschlossen: Im Bürgerlichen Gesetzbuch heißt es zur Schriftform der Kündigung eindeutig: „Die elektronische Form ist ausgeschlossen.“ (BGB, § 623)

Az. 9 ObA 110/15i, OGH Österreich

sas

Wirksame Einwilligung

Wer Kinder behandelt, muss sich vor allem zunächst einmal mit deren Eltern auseinandersetzen. Denn nur die Erziehungsberechtigten können – nach der entsprechenden Aufklärung – einer Behandlung oder einem Eingriff zustimmen. Selbst wenn der Elternteil, mit dem das Kind beim Arzt ist, in eine Behandlung oder Operation einwilligt, heißt dies noch lange nicht, dass die Behandlung erfolgen darf. Es muss sichergestellt sein, dass beide sorgeberechtigte Elternteile, wenn es diese gibt, bei einem schwerwiegenden Eingriff der Behandlung zustimmen. Das Oberlandesgericht Hamm hat dies anhand eines drastischen Falles noch einmal konkretisiert. Erscheint bei einer Routineuntersuchung nur ein Elternteil mit dem Kind beim Arzt oder Zahnarzt, kann dieser davon ausgehen, dass der abwesende Elternteil den erscheinenden Elternteil ermächtigt hat, die Einwilligung für einen Eingriff oder eine Behandlung auch in seinem Namen zu geben. Bei mittelschweren Eingriffen muss sich der Arzt zumindest vergewissern, dass eine Einwilligung vorliegt, kann dann aber darauf vertrauen, dass der anwesende Elternteil wahrheitsgemäß antwortet. Knifflig wird es erst bei schwerwiegenden oder risikoreichen Eingriffen. Dann muss der behandelnde Arzt oder Zahnarzt sicherstellen, dass der nicht anwesende Sorgeberechtigte mit der Behandlung einverstanden ist. Im vorliegenden Fall, bei dem ein Kind nach Komplikationen bei der Narkose gestorben war, klagte der bei der Aufklärung abwesende Vater, weil er der Operation seiner Tochter nicht zugestimmt hatte und auch nicht aufgeklärt worden sei. Das OLG Hamm gab ihm jedoch nicht Recht, weil es sich bei der Operation um einen mittelgradigen Fall (Kategorie 2) gehandelt habe, der seine persönliche Zustimmung nicht zwingend vorausgesetzt habe. Den Aufklärungsbogen im Krankenhaus hatte die Mutter unterschrieben.

Az. 26 U 1/15

sas

Hier steht eine Anzeige.